



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

über **Bleiberechtsregelung für Roma**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Bleiberecht langjährig hier lebender Roma einzusetzen.

Begründung:

Die Angehörigen des Volkes der Roma waren bereits vor dem Ende der sozialistischen Regime in Ost-Europa und verstärkt nach dem politischen Umschwung Opfer von staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung. In Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und dem Kosovo wurden Roma während der kriegerischen Auseinandersetzungen in den ehemals jugoslawischen Teilrepubliken systematisch vertrieben und Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen. Nach dem Ende der Kriege wird ihre Rückkehr ebenfalls systematisch verhindert.

In Berlin leben seit dem Ende der 80er Jahre Roma, die ihre Heimat wegen dieser Verfolgungen und Vertreibungen verlassen mussten. Viele Roma-Familien haben die Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina versucht. Die meisten von ihnen sind gescheitert. Sie durften nicht in ihre Häuser zurückkehren, in denen inzwischen binnervertriebene Menschen leben. Die Roma leben entweder ohne Obdach und ohne Existenzgrundlage in Bosnien-Herzegowina oder sie sind nach Deutschland zurückgekehrt. Die Abschiebung der Roma ins Kosovo wird seit Jahren ausgesetzt, weil sie dort weder von der albanischen Bevölkerungsmehrheit, noch von der serbischen Minderheit geduldet werden.

Auch eine zwangsweise Rückkehr der Roma nach Serbien oder Kroatien würde ihre Existenzvernichtung bedeuten.

Die Bundesrepublik muss sich dem Problem der bedrohten Existenz der Roma stellen. Durch die Gewährung eines Bleiberechtes muss endlich auch ein Akt der Wiedergutmachung an den Nachfahren der Sinti und Roma erfolgen.

Die Sinti und Roma erlitten während des Nationalsozialismus Verfolgung aus rassistischen Gründen, in deren Verlauf hunderttausende ermordet und weitere hunderttausende sterilisiert wurden. In den Konzentrationslagern waren sie Opfer der Vernichtung durch Arbeit.

In der Vergangenheit bis jetzt wurden und werden Menschen jüdischen Glaubens aus Osteuropa als Kontingentflüchtlinge aufgenommen. Analog dieser Maßnahme, die ein Versuch der Wiedergutmachung darstellt, muss auch den Roma aus Osteuropa, die in Deutschland Zuflucht vor erneuter Verfolgung und Diskriminierung suchen, ein Bleiberecht gewährt werden.

Berlin, den 9. April 2002

Dr. Klotz Wieland Ratzmann Mutlu
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen